

schäften für die Freundschaft mit der DDR und von Komitees zur Anerkennung der DDR. Die L. hat seit ihrer Gründung einen bedeutenden Beitrag zur Erhöhung des internationalen Ansehens der DDR geleistet. Die L. und die in ihr vereinigten Freundschaftsgesellschaften und -komitees unterhalten enge Beziehungen zu den nationalen Gesellschaften und Komitees der Freundschaft mit der DDR, die heute in mehr als 50 nichtsozialistischen Ländern bestehen und aktiv ihre völkerverbindende Tätigkeit ausüben. Außer zu den nationalen Gesellschaften und Komitees unterhalten die L. und die in ihr vereinigten Freundschaftsgesellschaften und -komitees zu anderen demokratischen Organisationen und Institutionen sowie zu Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens in mehr als 100 Ländern der Welt Kontakte. Organe der L. sind die Generalversammlung, das Präsidium, das Sekretariat und die Revisionskommission. Höchstes Organ der L. ist die Generalversammlung. Ihr gehören die ständigen Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen, der Kollektive der Werktätigen, Institutionen und Einrichtungen, die Mitglieder des Präsidiums und des Sekretariats der L. sowie die Mitglieder der Präsidien bzw. Vorstände der Freundschaftsgesellschaften und -komitees an. Die L. und die in ihr vereinigten Freundschaftsgesellschaften und -komitees geben gemeinsam periodische Zeitschriften heraus (»DDR-Revue«, »DDR-Journal«, »News«, »Nouvelles«, »Al Matschalla«, »Urafiki«, »Puente«, »RDA réalités«, »Novidades«, »Neue Heimat«). Die L. und die in ihr vereinigten Freundschaftsgesellschaften und -komitees unterhalten in mehreren sozialistischen, in kapitalistischen und in national befreiten Staaten Kultur- und Informationszentren der DDR.

Lobbyismus: in kapitalistischen

Ländern verbreitetes Korruptionssystem, mit dem einzelne Bourgeoisievertreter bzw. -gruppen auf die Gesetzgebung einwirken, um ökonomische Interessen durchzusetzen. Der Begriff L. ist abgeleitet aus dem Wort Lobby (Wandelhalle des Parlaments) und knüpft an die Praxis der Bourgeoisie in früheren Perioden des Kapitalismus an, über die Parlamentsabgeordneten Einfluß auf die Politik des Staates zu gewinnen. Die für den Imperialismus typische Verlagerung von Entscheidungen vom Parlament auf die Exekutive hat dazu geführt, daß sich die entsprechenden Aktivitäten der Monopolbourgeoisie vorrangig auf den Regierungsapparat und damit auf die Ministerialbeamten konzentrieren. Die großen Konzerne und Unternehmerverbände haben heute ihre Gewährsmänner meist direkt in den Regierungsapparat lanciert, wo sie in der Regel zentrale Positionen bis hin zum Staatssekretär, Minister und Regierungschef bekleiden. Darüber hinaus existieren vielfältige Formen und Methoden, die an der Gesetzgebung beteiligten Beamten und Parlamentarier durch Bestechung und Erpressung zu beeinflussen. Für diesen Zweck wurden z. B. in der BRD von den führenden Konzernen und Monopolverbänden Hunderte von »Kontaktbüros« eingerichtet. Die Zahlung von Schmiergeldern wie ganz allgemein die bezahlte Tätigkeit von Politikern zur Interessenwahrnehmung für einzelne kapitalistische Unternehmungen sind in der BRD und in anderen imperialistischen Staaten keine strafbaren Handlungen. Hierin spiegelt sich sehr deutlich der Grad des Verfalls der —► *bürgerlichen Demokratie* unter den Bedingungen des Imperialismus wider.

Lohn —► *Arbeitslohn*, —► *Grundlohn*

Lohnarbeiter: Angehöriger der Arbeiterklasse im Kapitalismus, der